



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Bundestag debattiert über die Türkei

Die Situation in der Türkei ist nach dem gescheiterten Putsch in den letzten Wochen immer weiter eskaliert. Nach Massentlassungen im öffentlichen Dienst geht Präsident Erdogan nun auch massiv gegen gewählte Abgeordnete vor. In dieser Situation veröffentlichte die EU-Kommission am Mittwoch den diesjährigen Bericht zu den Beitrittsverhandlungen.

Über die Lage in der Türkei debattierte am Donnerstag auch der Deutsche Bundestag. Einigkeit herrschte unter den Fraktionen, dass ein sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht klug wäre. Zum einen sind diese Verhandlungen für

Millionen Türken die Hoffnung, dass ihr Staat nicht zu einer Diktatur wird. Zum anderen ist die Türkei bei der Flüchtlingspolitik und auch bei den Gesprächen zur Wiedervereinigung Zyperns ein wichtiger Gesprächspartner. Hier sollten wir die Gesprächskanäle bewahren. Für mich ist dabei völlig klar: Sollte die Todesstrafe in der Türkei wieder eingeführt werden, wäre das das Ende aller Beitrittsverhandlungen.

Unter diesem Link können Sie die Rede nachsehen und –hören: <http://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7029875#url=L211ZGIhdGhla292ZXJsYXk=&mod=mediathek>

USA wählen Donald Trump

Die Wahl von Donald Trump war eine große Überraschung. Am Morgen nach der Wahl äußerte ich mich gegenüber der „Pforzheimer Zeitung“ vom 10. November zu den US-Wahlen. Hier die Fragen und meine Antworten:

Die USA haben tatsächlich Trump gewählt. Wird sich jetzt die Außenpolitik der Staaten komplett verändern?

Zunächst zeigt das Ergebnis, dass Populismus und Demagogie weltweit fröhliche Urstände feiern, denn im Wahlkampf traten an die Stelle von Fakten plumpe Ressentiments. Gegenwärtig wissen wir aber noch nicht, was auf uns zukommt. Es bleibt zu hoffen, dass Donald Trump schnell aus dem Wahlkampfmodus herausfindet, Realismus einkehrt und die transatlantischen Beziehungen keinen Schaden nehmen. Seine Dankesrede gestern früh war jedenfalls erstaunlich versöhnlich und moderat. Das lässt mich hoffen.

Was bedeutet das für Europa und für Deutschland? Worauf müssen wir uns einstellen?

Schon vor der Wahl hatte ich gesagt, dass wir ganz unabhängig vom Wahlergebnis damit rechnen müssen,

mehr Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik zu übernehmen, beispielsweise im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent. Das gilt unter einem Präsidenten Trump umso mehr, weil er ja angekündigt hat, sich stärker auf die Innenpolitik zu konzentrieren. Aber auch hier müssen wir zunächst abwarten.

Wie wird Angela Merkel mit ihrem neuen Gesprächspartner klarkommen? Die beiden könnten ja kaum unterschiedlicher sein.

Angela Merkel hat in der Vergangenheit in Europa bewiesen, dass sie auch mit schwierigen Charakteren auskommen kann, man denke nur an Silvio Berlusconi. Daher bin ich mir sicher, dass sie auch zu Donald Trump eine vernünftige Arbeitsbeziehung aufbauen wird.

Justizminister darf Gesetz gegen Kinderehen nicht weiter verzögern

Nachdem ein Entwurf von Bundesjustizminister Heiko Maas zum Gesetz gegen Kinderehen in die Kritik geraten war, kündigte sein Ministerium jetzt einen neuen Gesetzentwurf an, der bis Weihnachten vorliegen soll. Der CDU/CSU-Fraktion geht das nicht schnell genug. Daher haben wir Justizminister Maas aufgefordert, sich an die Vereinbarungen in der Koalition zu halten und den Gesetzentwurf gegen Kinderehen bereits bis Mitte November vorzulegen. An jedem Tag, den das Gesetz später kommt, müssen Kinder und Jugendliche in Deutschland weiter leiden. Jeder Tag Verzögerung ist daher für die betroffenen Mädchen ein Tag zu viel.

Die Union hatte ihre Vorstellungen schon im August formuliert. Danach sollen Ehen mit unter 18-jährigen in Deutschland generell verboten sein. Außerdem soll der Gesetzentwurf auch ein Verbot rein religiöser Eheschließungen mit Minderjährigen enthalten. Darüber hinaus soll der Gesetzentwurf nach Willen der Union sicherstellen, dass für dauerhaft in Deutschland lebende Paare mit ausländischer Staatsangehörigkeit ausschließlich deutsches Recht Anwendung findet, wenn sie heiraten. Bislang gilt das Recht des Heimatlandes der Partner. Dies halten wir für unangebracht. Derjenige, der seinen Lebensmittelpunkt dauerhaft in Deutschland hat, sollte sich auch nach unseren Werten und unserer Rechtsordnung richten, wenn er eine Ehe schließt. ■

Gegen Steueroasen und Geldwäsche

Steuerbetrug ist nicht akzeptabel. Nach dem Skandal um die „Panama-Papers“ bläst Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zum Kampf gegen Steueroasen und Briefkastenfirmen. Sein Ministerium hat hierzu einen Gesetzentwurf vorgelegt, der von der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag unterstützt wird. Der Entwurf sieht unter dem Namen „Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz“ strengere Meldepflichten für Steuerzahler und Banken sowie höhere Strafen bei Verstößen vor. Das „steuerliche Bankgeheimnis“ soll in diesem Zusammenhang teilweise aufgehoben werden. Die Fristen zur Verjährung sowie für die nachträgliche Steuerfestsetzung werden heraufgesetzt. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen wird die Finanzverwaltung frühzeitig in die Lage versetzt, Informationen über die Geschäftsbeziehungen von deutschen Steuerpflichtigen mit Briefkastenfirmen in Steueroasen zu erhalten.

Arbeitslosenzahlen sinken weiter – Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge für den ersten Arbeitsmarkt fit machen

Im Oktober 2016 ist die Arbeitslosenquote erneut um 0,1 Prozentpunkte auf 5,8 Prozent gesunken, das waren 109.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahresmonat. Zugleich waren 68.000 Menschen mehr in Beschäftigung als noch im September 2016. Die solide Situation am Arbeitsmarkt setzt sich damit weiter fort. Die Voraussetzungen sind gut, um verstärkt auf die Personengruppen einzugehen, die sich auf dem Arbeitsmarkt schwer tun. Sie brauchen einen niedrighschwelligem Zugang zum Arbeitsmarkt in Kombination mit speziellen Qualifizierungsmaßnahmen. ■

Weniger Flüchtlinge als angenommen

Die Zahl der Flüchtlinge, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, liegt niedriger als zunächst angenommen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière gab kürzlich bekannt, dass im vergangenen Jahr 890.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. 2016 waren es bis Ende September knapp 210.000 Personen, davon 118.000 alleine in den ersten beiden Monaten. Würden die Zahlen ab März – also nach dem Inkrafttretens des Abkommens mit der Türkei und dem Schließen der Balkan-Route – auf das ganze Jahr hochgerechnet, käme man für 2016 auf ca. 160.000 Flüchtlinge.

Ursprünglich waren die Behörden für 2015 von 1,1 Mio. Flüchtlingen ausgegangen, da so viele Personen in einer zentralen Bund-Länder-Datei aufgenommen wurden. Allerdings wurden die Daten zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgetauscht. Dadurch kam es zu Mehrfacherfassungen. Unberücksichtigt blieb auch, wenn Flüchtlinge in andere europäische Länder weiterreisten, weil sie dort beispielsweise Verwandte hatten. Beide Fehler konnten jetzt durch einen entsprechenden Datenaustausch korrigiert werden.

Stark gestiegen sind in diesem Jahr die Abschiebungen. Bundesweit stieg deren Zahl um 52%, in Baden-Württemberg sogar um 65%, wie Innenminister Thomas Strobl mitteilte. Durch den höheren Abschiebedruck sind auch die freiwilligen Ausreisen deutlich nach oben gegangen. Im Rahmen eines Bund-Länder-Rückkehrförderprogramms reisten in diesem Jahr bis zum 30.9.2016 bereits knapp 45.000 Personen in ihre Heimatländer zurück, im letzten Jahr waren es insgesamt 35.000 Personen. ■